

wirtschaftlich tat sich viel. Die Inflation bekam man in den Griff, und mit einer neuen Steuerpolitik wurden Einkommen gerechter verteilt. Über das Franco-Regime und seine Gräueltaten wurde mehr oder weniger einvernehmlich geschwiegen. Als die Immobilienblase 2008 platzte, zeigte sich, dass das Land für eine globalisierte Wirtschaft nicht gerüstet war. Erst drei Jahre zuvor hatten Arbeiter die sieben Meter hohe Franco-Statue auf der Plaza de San Juan de la Cruz in Madrid abgebaut.

Statuen der Obristen sind in Griechenland nicht zu finden. Sie prägten ihr Land nicht so stark wie Franco und Salazar, sie herrschten nicht für Jahrzehnte. Und als ihr Regime fast so plötzlich verschwand, wie es gekommen war, nachdem die Türkei einen Teil der Insel Zypern besetzt hatte, schrieb „Der Spiegel“ einen Nachruf auf „eine Diktatur, die weder eine Ideologie hatte noch dem Volk politische Perspektiven weisen konnte; ein hohles, auf schiere Machtausübung und sonst nichts ausgerichtetes Staatswesen.“

Doch leider passt diese Einschätzung auch auf die folgenden, demokratisch legitimierten Regierungen, wie es Vassiliki Georgiadou, Politikwissenschaftlerin in Athen, beschreibt. Mit der (korrekten) Behauptung, sie sei jahrzehntelang von der Machtausübung ausgeschlossen worden, besetzte die sozialistische



**Dem politischen
Gegner die Augen
zugenäht:**

Georgios Papadopoulos (rechts) nach dem Militärputsch im Jahr 1967

PASOK-Partei den Staat und erklärte die Parteimitgliedschaft zur Voraussetzung für Posten im öffentlichen Dienst. Dasselbe verkündete die konservative Nea Dimokratia, als sie nach den ersten freien Wahlen an die Macht kam. Sparmaßnahmen und Wirtschaftsreformen wurden lange kaum angegangen. Die Parteien fürchteten den Widerstand ihrer Wähler. Man wollte nicht durch Streichungen alte Wunden aufreißen und Unruhen provozieren. Die Produktivität blieb genauso auf der Strecke wie die Vergangenheitsbewältigung. „Griechenland hat weder die Militärdiktatur noch den Bürgerkrieg nach dem Zweiten Weltkrieg aufgearbeitet. Wir beschäftigen uns viel zu viel mit der Antike und der Gründung des griechischen Staates, alles andere wird ausgeblendet“, sagt die Politikwissenschaftlerin Georgiadou.

Die Folgen treten in der Wirtschaftskrise deutlicher zutage als zuvor: Laut einer Umfrage Anfang 2013 sehnt sich mittlerweile knapp ein Drittel der Griechen nach der Stabilität des Obristen-Regimes zurück. Vor allem ältere Menschen verstehen nicht, dass es ihren Nachkommen schlechter geht als ihnen früher in der Diktatur. Dass die an den Problemen von heute eine Mitschuld trägt – das wird vielen Griechen erst allmählich bewusst. ←

Tyrannie der Mehrheit

In Ungarn sehen viele Anzeichen für eine neue Diktatur

Marianne Tharan kämpft für Ungarn. Regelmäßig versendet sie empörte Mails an deutsche Journalisten. Sie schreibt an gegen die Berichterstattung über ihr Land, die sie als üble Schmähkampagne einer linken und liberalen Verschwörung versteht. Ungarn, so Frau Tharan, sei das letzte christlich-konservative Bollwerk gegen den heraufziehenden Sozialismus.

Es ist nicht sicher, ob es Marianne Tharan wirklich gibt. Sie könnte auch eine Erfindung der Propagandaabteilung des rechtskonservativen Regierungschefs Viktor Orbán sein, der das Land seit drei Jahren mit einer Tyrannie der Mehrheit regiert. Seine Partei Fidesz fühlt sich durch die Zwei-Drittel-Mehrheit der Sitze im Parlament legitimiert, das Land nach ihren Vorstellungen umzukrempeln. Mehr als 200 neue Gesetze wurden im Eiltempo innerhalb eines Jahres verabschiedet. Die neue ungarische Verfassung wurde bereits viermal geändert und

sei inzwischen nichts anderes als eine „Deponie verfassungswidriger Regeln“, wie sich der ungarische Jurist Csaba György beklagt.

Kritik am Regierungskurs wird toleriert – aber nicht in den öffentlich-rechtlichen Medien. Zeitungen, die Orbán kritisieren, erhalten keine Anzeigen mehr von Staatskonzernen oder Unternehmen, die sich staatliche Aufträge erhoffen. Oppositionelle Versammlungen dürfen natürlich noch stattfinden, aber oftmals nicht mehr auf zentralen Plätzen. Die Opposition kann sich frei bewegen, solange sie keine echte Herausforderung für Orbán darstellt – was sie ein Jahr vor den nächsten Wahlen tatsächlich auch nicht ist.

Nach der Methode „Zwei Schritte vorwärts, einer zurück“ lenkt Orbán regelmäßig ein, wenn der Druck aus der EU zu groß wird. Außerdem hat er sich einen speziellen Mechanismus ausgedacht, um den Zorn seiner Landsleute auf Brüssel zu lenken. Sollte es der EU einfallen,

Geldstrafen wegen Vertragsverletzungen zu verhängen, werden unverzüglich Sondersteuern erhoben, um sie zu bezahlen. Die Ungarn würden so gleich zweimal bestraft, kritisierte Justizkommissarin Viviane Reding: Erst dürften sie ihre Bürgerrechte nicht wahrnehmen, und am Ende müssten sie auch noch dafür bezahlen.

Inzwischen scheinen einige europäische Länder die Gefahr erkannt zu haben. Tausende Politiker und Beamte würden für den Binnenmarkt kämpfen, nur wenige für die demokratischen Grundwerte, kritisiert der niederländische Außenminister Frans Timmermans. Gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus Deutschland, Dänemark und Finnland regte er einen Mechanismus zur Überwachung der in der EU notwendigen demokratischen Standards an. Der Problemfall Ungarn wurde nicht benannt. Aber genau der war gemeint. ←

Frank Herold